

Pulsnitzer Tageblatt

Kernsprecher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2188. Giro-Konto 148

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Post-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz im
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ersteinst an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend.



Anzeigen-Grundzahlen in Pf.: Die 41 mm breite Zeile (Koffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pf., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pf.; amlich 1 mm 30 Pf. und 24 Pf.; Reklame 25 Pf. Tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Bei zwanzeufiger Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme.

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großhörn, Dretzig, Hauswalde, Horn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Tzlemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Bichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. S. Förster & Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 265

Dienstag, den 13. November 1928

80. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Öffentliche Stadtverordneten-Sitzung

am Donnerstag, den 15. November 1928, abends 1/8 Uhr
im großen Sitzungssaal des Rathauses.

Tagesordnung:

I. Kenntnisnahmen. II. Beratungen und Beschlüßfassungen: 1.) Unterstützungsrichtsätze für Klein- und Sozialrentner sowie Fürsorgeunterstützungsempfänger. 2.) Verkehrsregelung an Straßenbaustellen. 3.) Grund- und Gewerbesteuer. 4.) Fußbodenbelag in der Sparkasse. 5.) Erhöhung der dem Volksbildungsvereine gewährten Beihilfe. 6.) Wasserverhältnisse im Stadtkrankenhaus. III. Anträge und Anträge.

Hierauf nicht öffentliche Sitzung

Pulsnitz, am 12. November 1928. Karl Zimmermann, Stadtverordnetenvorsteher.

Mittwoch, den 14. November, vormittags 10 Uhr

sollen in Pulsnitz, Rest. „zum Bürgergarten“

60 Kopfstücker, Wischtücher, Hemden, mehrere Herren- und Knabenanzüge, Wäschhosen und Blusen, 1 Nähmaschine, 1 hoher Spiegel, 1 Ofen mit Fliesen, 2 größere Reale, 1 Sommerüberzieher, Kinderturnhosen, ca. 30 Paar Reiz- und Surfenstiefel u. a. m.

ferner

nachmittags 4 Uhr, Sammelort der Bieter Friedersdorf, Gasthaus „zur Mehre“
1 kleiner Wirtschaftswagen

meistbietend gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden

Pulsnitz, den 13. November 1928

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts

Das Wichtigste

Das Arbeitsgericht Duisburg hat der Feststellungsklage der Arbeitgeber stattgegeben.

Am Montag morgen fuhr in der Nähe von Duisben (Bezirk Halle) ein Zug in eine Arbeitergruppe. Ein Arbeiter wurde getötet und einer schwer verletzt. Infolge des starken Nebels hatten die Arbeiter das Herannahen des Zuges nicht bemerkt.

In der Nähe von Duisben verunglückte ein Autobus mit 23 Personen. Laut Funkpruch des Küstenpostschiffes „David“ wurde die „Bestris“ als verloren aufgegeben. Sämtliche Passagiere, einschließlich der Bordkassierer, haben das Schiff verlassen. Es sollen sich 350 Passagiere an Bord befinden, die aber wahrscheinlich alle in den Rettungsbooten untergebracht werden konnten. — Der Dampfer „Berlin“, der sich 180 Meilen von der „Bestris“ entfernt befindet, änderte seinen Kurs und hofft, um 10 Uhr abends an der Unfallstelle einzutreffen.

Neue Steuern.

A. M. In Kürze wird uns wieder einmal mit erschreckender Deutlichkeit vor Augen geführt werden, wie groß die Schuldenlast ist, in die wir uns durch den Dawesplan begeben haben. Bekanntlich treten ja jetzt erst die Dameslasten in voller Höhe an uns heran. Damit werden wir von neuem vor die Frage gestellt, aus welchen Mitteln wir diese Mehrkosten decken sollen. Schon hören wir wieder, daß uns neue Steuern bevorstehen. Eine recht traurige Aussicht, wenn man bedenkt, daß wir alle, gleich welchen Berufes, heute unter einer Steuerlast ächzen, die kaum noch drückender gedacht werden kann. Und doch kündigt der Reichsfinanzminister an, daß der Reichsetat, der demnächst fertiggestellt wird, einen Mehrbedarf von mehr als 600 Millionen aufweist. Wir können uns nicht denken, daß diese Summe allein durch neue Steuern gedeckt werden soll, denn einmal ist die Grenze schließlich doch erreicht, wo sich nichts mehr an Steuern aus dem Volke herauspressen läßt. Man wird sich schließlich überlegen müssen, ob es nicht vielleicht andere Mittel und Wege gibt. Letzten Endes ist doch der Staatshaushalt nichts anderes als ein Haushalt schlechtthin, wie ihn jede Familie zu führen hat. Er unterscheidet sich doch eigentlich nur durch den millionenfach vergrößerten Umfang. Aber im Grund ist doch das Prinzip daselbe. Jeder Haushalt muß genau so wie ein Staatshaushalt mit dem wirtschaften, was einkommt und vor allen Dingen mit dem auskommen, was vorhanden ist. Kommt ein Haushalt mit den zur Verfügung stehenden Mitteln nicht aus, so gibt es nur zwei Wege: Entweder die Einkünfte müssen vermehrt werden, oder der Haushalt muß, wie man so schön sagt, rationalisiert werden, d. h. es muß sparsamer gewirtschaftet und es müssen Abstriche auf der Ausgabe Seite gemacht werden. Der letzte Ausweg wird immer dann eingeschlagen werden, wenn sich eine Vermehrung der Einkünfte nicht ermöglichen läßt. Bei einem Staatshaushalt ist es gar nicht anders. Auch dort kann und muß einmal der Zeitpunkt eintreten, wo sich die Staatseinkünfte nicht erhöhen lassen, und uns scheint dieser Zeitpunkt jetzt da zu sein! Neue Steuern sind einfach nicht mehr tragbar! Was bleibt also anderes übrig, als daß der Staat denselben Ausweg einschlägt, den jede Haushaltsführung in diesem Zeitpunkt einschlagen muß: er muß sparen. Diese Einsicht scheint sich aber an maßgebender Stelle noch nicht genügend durchgesetzt zu haben. Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, als würde heute mit unserem Steuergelde noch zu leichtfertig verfahren. Der Verwaltungsapparat unseres Staates allein verdrängt Millionen und aber Millionen, die früher dafür nicht aufgewendet wurden. Wir verlernen allerdings nicht, daß die öffentlichen Verwaltungen in der Nachkriegszeit gegenüber den Vorkriegsjahren einen erheblichen Aufwandszuwachs erhalten haben, und daß dadurch eine Vermehrung der öffentlichen Behörden und eine Steigerung des öffentlichen Bedarfs eingetreten sind, aber es scheint uns doch so, als wäre dieser Verwaltungsapparat heute zu sehr auf-

Der Spruch des Arbeitsgerichts im Eisenkonflikt

Der Feststellungsklage des Arbeitgeberverbandes stattgegeben

Eine Erklärung des Reichspräsidenten — Berliner Blätter zur französischen Kabinettsbildung

Essen. Nach eineinhalbstündiger Beratung wurde vom Duisburger Arbeitsgericht im Tarifstreit der Metallindustrie der Gruppe Nordwest folgender Spruch gefällt:

„Es wird festgestellt, daß ein Tarifvertrag auf Grund des für verbindlich erklärten Schiedsspruchs vom 30. Oktober 1928 nicht besteht. Die Kosten des Rechtsstreits haben die Beklagten zu tragen. Der Wert des Streitobjekts wird mit einer Million Reichsmark anerkannt. Die Gerichtskosten betragen 500 Reichsmark.“

An den Spruch schloß sich eine

kurze Begründung

an, in der es heißt: Es wird festgestellt, daß ein Tarifvertrag gemäß Schiedsspruch vom 26. Oktober 1928 nicht besteht. Das Gericht sei der Meinung, daß die örtlichen Verbände, wenngleich sie ein Teil des Zentralverbandes seien, eine gewisse Selbständigkeit haben. Das Gericht sei so in der Lage, ohne Zwischenurteil direkt zu entscheiden, und nehme den Standpunkt ein, daß dem Schiedsspruch kein Raum gegeben werden könne, weil 1. aus materiellen Gründen er in einen laufenden Tarifvertrag eingreife, und 2. aus formalen Gründen, da ein Mangel des Schiedsspruches vorliege.

Eine Vermittlungsaktion im Gange.

Bochum. Die drei Metallarbeiterverbände haben sich einverstanden erklärt, die Einladung des Regierungspräsidenten Bergemann zu einer Aussprache über die Möglichkeiten zur Beilegung des Lohnkonflikts anzunehmen. Auch auf Arbeitgeberseite wird die Verhandlungsbereitschaft betont. In welchen Bahnen sich die Vermittlungstätigkeit des Regierungspräsidenten Bergemann bewegen wird, ist noch nicht bekannt. Bergemann selbst erklärt, auf Grund seiner bisherigen privaten Fühlungnahme in beiden Lagern habe er die Überzeugung, daß seine Absicht, die Parteien zunächst einmal an den Verhandlungstisch zu bringen, gelingen werde.

Erste Reichstags-sitzung in der Winteression.

Der Reichstag trat am Montag nachmittags um 3 Uhr zu der ersten Sitzung der Winterperiode zusammen. Die Reichsregierung geht in die Reichstagsverhandlungen mit ziemlich großen sachlichen Gegenständen innerhalb der hinter der Regierung stehenden Parteien und mit der Führung maßgebender Parlamentarier des Zentrums, der Sozialdemokraten, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei, daß vor Weihnachten noch eine ernste Regierungskrise entstehe. Man ist aber bereits damit beschäftigt, die Konflikte durch Kompromisse zu überwinden. Es besteht bei den Parteien, die hinter der Regierung stehen, die Auffassung, daß der Antrag der Sozialdemokraten auf Einstellung des Baues des Panzerkreuzers mit einer kleinen Mehrheit abgelehnt wird. In den außenpolitischen Fragen will man die ursprünglich als sehr groß und wirksam gedachte außenpolitische Debatte des Reichstags möglichst beschränken. Die Auseinandersetzungen über die Deckung des Defizits von 700 Millionen im Etat und die Steuerpläne sollen bis vor Weihnachten abgeschlossen sein. Die augenblickliche Schwierigkeit des großen Lohnkampfes im Ruhrgebiet, die am Montag Thema der Reichstags-sitzung war, wird wahrscheinlich nicht zu irgendwelchen maßgebenden Beschlüssen führen.

(Bericht vom Montag auf Seite 1 der Beilage)

Eine Erklärung des Reichspräsidenten.

Ausführungen einzelner Blätter zum 10. Jahrestag der Revolution haben den Reichspräsidenten von Hindenburg zu einer Erklärung veranlaßt, in der es heißt: „In dem Aufsatz „Im Hauptquartier am 9. November“ der Nr. 531 des „Berliner Tageblatts“ vom 9. November dieses Jahres hat leider ein ehemaliger preussischer Offizier behauptet, daß Seine Majestät der Kaiser und König in fluchtartiger Hast und lediglich der Sorge seiner Umgebung für seine Person nachgebend nach Holland abgereist sei. Ich verweise demgegenüber auf die in Nr. 348 der „Kreuzzeitung“ vom 27. Juli 1919 veröffentlichte gemeinsame Erklärung des Generaloberst von Pflessen, des Staatssekretärs von Hinzp, der Generale Freiherr von Marschall und Graf von der Schulenburg sowie von mir. Aus dieser Erklärung geht einwandfrei hervor, daß der Entschluß des Kaisers auf meinen und anderer Rat erst nach qualvollen Seelenkämpfen gefaßt und ausgeführt wurde, um die Fortsetzung des Krieges oder einen Bürgerkrieg zu vermeiden und dadurch dem Vaterland Not und Elend zu ersparen.“

Berliner Blätter zur französischen Kabinettsbildung

Zum neuen französischen Kabinett schreibt die „Germania“, daß außenpolitisch wesentliche Änderungen nicht zu erwarten seien, wohl aber sei damit zu rechnen, daß namentlich die ins Stoden geratenen Reparationsbesprechungen sogleich wieder aufgenommen würden. Wie dem gleichen Blatt aus Paris gemeldet wird, beabsichtigt der Ministerpräsident, um jedes Mißverständnis zwischen Paris und Berlin auszuschalten, demnächst auf die vom deutschen Botschafter in Paris formulierten Gedankengänge in einer Note zu antworten, in der die Hauptlinien der Arbeiten der Sachverständigenkommission festgelegt werden sollen. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ ist der Ansicht, daß die Umbildung des französischen Kabinetts nicht die geringsten Hoffnungen erwecke. Sie sei nicht geeignet, lebenswichtige Legenden endgültig zu zerstören. In Europa sei man vielfach der Ansicht, daß sowohl die Reparationsfragen als auch das Rheinlandproblem entweder mit Poincaré oder überhaupt nicht gelöst werden könnten. In Wirklichkeit strebe aber Poincaré danach, der Frankensituation, der zweiten rettenden Tat seines Lebens, die dritte folgen zu lassen: Die Sicherstellung des französischen Standpunktes in der Reparationsfrage, die Garantie, daß Frankreichs Schulden an England und Amerika freiwillig von Deutschland übernommen werden und daß Deutschland darüber hinaus den sogenannten Wiederaufbau in Nordfrankreich bezahle. Die „Deutsche Tageszeitung“ ist der Meinung, daß das neue Kabinett Poincaré eher noch nationalistischer als das bisherige sei.

Auffehererregende Rede Coolidges.

Scharfe Worte gegen England und Frankreich. — Kein Geld mehr für Europa.

London. Anlässlich der Waffensstillstandsfeier hielt Präsident Coolidge in Washington vor einer Versammlung von über 6000 Menschen eine aufsehenerregende Rede, in der er über das Thema Abrüstung sprach. Coolidge setzte auseinander, daß Amerika infolge der Eigenart seiner Lage und seiner